

Sitzungsvorlage

Gremium: Verwaltungs- und Finanzausschuss

Am: 22.04.2021

Betreff:

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema "Sicherer Hafen"

Anlage(n):

Mitzeichnung

Anlage: Alternativer Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD zum Thema „Sicherer Hafen 2020“

Beschlussvorschlag:

Über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD und den Kompromissvorschlag der Verwaltung abzustimmen.

Beratungsfolge:

Vorlage an	zur	Sitzungsart	Sitzungsdatum	Beschluss
Verwaltungs- und Finanzausschuss	Vorberatung	öffentlich	22.04.2021	
Gemeinderat	Beschlussfassung	öffentlich	29.04.2021	

Haushaltsrechtliche Deckung

Finanzielle Auswirkungen:

Entfällt

Deckungsvorschlag:

Entfällt

Sachdarstellung und Begründung:

Die Fraktionen Grüne/Linke und SPD haben im September 2020 einen gemeinsamen Antrag zum Thema „Sicherer Hafen“ eingereicht (vgl. Vorlage 237/2020). Da sich in der Beratung noch Fragen aus den Fraktionen ergeben haben, wurden diese mittels einer a-Vorlage von den antragstellenden Fraktionen beantwortet (vgl. Vorlage 237a/2020). In der weiteren Beratungsfolge hat die Verwaltung die Vorlage 237b/2020 erstellt, um auch die aktuellen Zahlen der Zuweisung zur Flüchtlingsunterbringung noch einmal für das Gremium aufzubereiten. Schließlich wurde der Stammantrag der antragstellenden Fraktionen in der Sitzung des Gemeinderates am 25. März 2021 mehrheitlich abgelehnt.

Die Fraktionen Grüne/Linke und SPD haben zwischenzeitlich ihren Stammantrag modifiziert und einen alternativen Antrag zu dem Thema eingereicht (siehe Anlage), der nun mit der Vorlage 237c/2020 behandelt werden soll.

Parallel dazu hat die Verwaltung in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 5. März 2021 einen Kompromissvorschlag unterbreitet, da die Forderung in dem ursprünglichen Antrag zur Übernahme von Flüchtlingen über die Quote hinaus nicht umgesetzt werden kann, weil die Stadt dafür in den nächsten Jahren keine verfügbaren Unterbringungsmöglichkeiten hat. Außerdem fühlt sich die Stadt Kornwestheim nicht nur der Unterbringung, sondern auch der sozialen Betreuung und einer erfolgreichen Integrationsarbeit in Kornwestheim verpflichtet.

Der Beschlussantrag der Verwaltung lautete deshalb wie folgt:

1. Die Stadt Kornwestheim erklärt sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht und dem Ziel einer sicheren und menschenwürdigen Migrationspolitik.
2. Die Stadt Kornwestheim setzt sich für eine transparente Darstellung der unternommenen Handlungsschritte für eine menschenrechtskonforme Migrationspolitik ein.

Der Kompromissvorschlag der Verwaltung wurde in der oben genannten Sitzung des Gemeinderates am 25. März 2021 zurückgestellt, da zunächst die Frage geklärt werden sollte, ob mit einem Beschluss über die Ziffern 1 „Sicherer Hafen“ und 8 „Transparenz“ bereits ein Beitritt zu dem Bündnis erfolgt.

Die Stadtverwaltung hat sich mit dieser Frage direkt an die Initiative Seebrücke gewandt und folgende Rückmeldung erhalten: Falls beide genannten Forderungen im Beschluss auftauchen, würde die Initiative die Stadt Kornwestheim als „Sicheren Hafen“ verstehen. Im Prinzip ist das für die Seebrücke zwar nicht genug, aber sie begreift den „Sicheren Hafen“ als Prozess.

Zur Vorberatung in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 22. April 2021 und zur Beschlussfassung in der Sitzung des Gemeinderates am 29. April 2021 stehen nun sowohl der modifizierte Antrag der Fraktionen Grüne/Linke und SPD sowie der Kompromissvorschlag der Verwaltung.